



BKK Dachverband e.V. + Mauerstraße 85 + 10117 Berlin

Anne-Kathrin Klemm
Vorständin

Ausschließlich per E-Mail

An die stellvertretenden
Fraktionsvorsitzenden
An den Ausschuss für Gesundheit
An den Ausschuss für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
An den Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und
Verbraucherschutz
An die zuständigen Abteilungsleitungen
im Bundesministerium für Gesundheit

BKK Dachverband e.V.
Mauerstraße 85
10117 Berlin
(030) 2700406-200
anne-kathrin.klemm@bkk-dv.de

Berlin, 22.März 2024

Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM) – Public Health Strukturen mit Wirkung

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Gesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach vor mehr als fünf Monaten seine Pläne für das bereits im Koalitionsvertrag angekündigte Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit unter dem Namen Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM) öffentlich vorstellte, wird der Gesetzentwurf mit Spannung erwartet. Zahlreiche Akteure des Gesundheitswesens haben ihre Erwartungen für eine bessere und zielgerichtete Vernetzung der Aktivitäten im Bereich der öffentlichen Gesundheit bereits zum Ausdruck gebracht. Den Krankenkassen und deren Verbänden ist es ein großes Anliegen, die Vermeidung der Entstehung von Krankheiten zu fokussieren und die Prävention in der Gesundheitsversorgung als festen Versorgungsansatz zu stärken. Wir erachten die Etablierung eines Bundesinstituts als wegweisenden Schritt und übermitteln hiermit zentrale Ansätze zur Ausgestaltung.

Vier Aspekte, die bei der Umsetzung zu beachten sind:

- 1. Fokus auf anwendungsbezogene Forschung zur Eindämmung der Krankheitslast statt einer Trennung von übertragbaren und nicht-übertragbaren Erkrankungen:**
Übertragbare und nichtübertragbare Krankheiten sind eng miteinander verbunden. Vor diesem Hintergrund – und im Hinblick auf den One-Health-Ansatz - ist die geplante institutionelle Trennung zwischen übertragbaren (die bisher beim Robert Koch-Institut, RKI verortet sind) und nichtübertragbaren Krankheiten (die angedacht sind, vom RKI an das neu zu gründende Institut zu übertragen) nicht nachvollziehbar. Die mit dieser Aufteilung verbundenen strukturellen und inhaltlichen Einbußen sind immens. Im Sinne der Kostenökonomie und Verwaltungseffizienz ist es ebenso zwingend, den Aufbau von Parallelstrukturen zu vermeiden, wie unnötige Strukturereformen und Ressourcenverluste.

Aus diesem Grund sollte das neu zu gründende Institut komplementär zum RKI forschen, anstatt das RKI in Teilen zu ersetzen. Stattdessen sollte die Gesundheitsberichterstattung/Surveillance im RKI verbleiben und das neu zu gründende Institut sich auf anwendungsbezogene Forschung konzentrieren – zum Beispiel in dem es Maßnahmen aus allen Politikfeldern auf ihr Potenzial zur Eindämmung der Krankheitslast und ihre Machbarkeit sowie Ausgestaltung untersucht. Hierzu mangelt es in Deutschland derzeit an einer gemeinsamen Anlaufstelle. Diese Option, die eine Aufspaltung des RKI vermeidet, ist haushalterisch zudem von Vorteil und im Sinne des Bürokratieabbaus.

- 2. Politikfeldübergreifende Zusammenarbeit mit einem breiten Gesundheitsverständnis und dem Fokus auf Health in all Policies:** Im Mittelpunkt des neu zu gründenden Instituts sollte die Entwicklung einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik stehen. Das maßgebliche Prinzip, das sich aus der Wissenschaft ableiten lässt, sollte der Ansatz von „Health in all Policies“ (HiAP) sein. Hiernach wird Gesundheit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, die eine ressort- und politikfeldübergreifende Zusammenarbeit erfordert. Das neu zu gründende Institut sollte hier eine geeignete Plattform und Vernetzungsstelle bereitstellen, um die Politikfelder der Gesundheits-, Arbeits-, Bildungs-, Ernährungs-, Stadtentwicklungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltpolitik usw. in eine HiAP-Strategie einzubinden.
- 3. Übergreifende Vernetzungsplattform der öffentlichen Gesundheit mit weiteren Stakeholdern sowie Förderung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern:** Die öffentliche Gesundheit in Deutschland ist föderal organisiert und umfasst Zuständigkeiten, Aufgaben und Einrichtungen der Gesundheitsverwaltung auf der Bundes-, Länder- und kommunalen Ebene. Das neu zu gründende Institut sollte im Schwerpunkt die Verzahnung von Bund, Land und Kommunen forcieren unter Einbindung und Vernetzung von Wissenschaft, Praxis, Politik. Hierzu ist die Implementierung einer institutionalisierten Kooperations- und Vernetzungsplattform mit Beteiligung der Länder erforderlich. Das Knowhow und die Leistungen der Sozialversicherungsträger sind hierbei ebenfalls einzubinden. Dies ermöglicht nicht nur eine systematische Verzahnung von Leistungen und Knowhow, sondern auch eine für die Bevölkerungsgesundheit zielgerichtete Zusammenführung relevanter Initiativen, wie beispielsweise bundesweite Bewegungs-, Ernährungs- oder Demenzstrategien.
- 4. Stabile Finanzierung aus Steuergeldern:** Gesundheitsförderung und Prävention sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Die Determinanten für den Gesundheitsschutz liegen außerhalb des Gesundheitswesens. Folglich sind Gesundheitsschutz und -förderung der Bevölkerung zentrale Aufgaben des Staates. Das neu zu gründende Institut, als nachgeordnete Behörde des Bundes, ist daher mit Steuergeldern zu finanzieren. Außerdem ist die finanzielle (Mit-)Verantwortung der Länder und der kommunalen Ebene beispielsweise als Pflichtaufgaben in den Landesgesetzgebungen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) festzulegen. Eine Finanzierung durch einen erneuten Rückgriff auf den Gesundheitsfonds oder auf die Finanzmittel der Arbeitsgemeinschaften der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen bei der Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten (GKV-Bündnisse für Gesundheit) ist auszuschließen.

Die Einrichtung des neuen Bundesinstituts für eine ganzheitliche Gesundheitspolitik ist von entscheidender Bedeutung, um eine krisenfeste und koordinierte Public-Health-Struktur in Deutschland zu etablieren. Wir sind überzeugt, dass die Betonung der Gesundheit im Namen dieses Instituts den richtigen Weg darstellt, um die Herausforderungen unserer Zeit wirksam anzugehen. Angesichts der politischen Dringlichkeit ist es unerlässlich, dass die Umsetzung des neuen Bundesinstituts noch in dieser Legislaturperiode erfolgt, um seine Funktionsfähigkeit zu gewährleisten.

Wir stehen gern zur Verfügung, um mit unserer Expertise bei der Umsetzung und Ausgestaltung zu unterstützen. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen und über eine Einladung zu einem Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Die Verbände der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen auf Bundesebene

Anne-Kathrin Klemm	Ulrike Elsner	Dr. Carola Reimann	Jürgen Hohnl	Bettina am Orde	Gerhard Sehnert
Vorständin	Vorstandsvorsitzende	Vorstandsvorsitzende	Geschäftsführer	Vorsitzende der Geschäftsführung	Vorsitzender der Geschäftsführung
BKK Dachverband e.V.	Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)	AOK-Bundesverband GbR	IKK e.V.	KNAPPSCHAFT	SVLFG